



AM VORABEND DER DUMAWAHLEN

■ ANALYSE

- Russland wählt. Die Bedeutung der Dumawahlen am 2. Dezember
Petra Stykow, München 2

■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

- Die Prognose des WZIOM 6
Die Prognose der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) 9
Gleiche Chancen für alle Parteien? 10
Parteiprofile und Erwartungen an die Wahlen 11

■ KOMMENTAR

- Russland vorm Abgrund? Putins Wahlkampfrede vom November 2007
als Gezeitenwechsel der postsowjetischen Politik 15
Andreas Umland, Kyjiw

■ CHRONIK

- Vom 22. bis zum 29. November 2007 16

■ LESEHINWEIS

- OSTEUROPA Heft 10 / Oktober 2007 17



Analyse

Russland wählt Die Bedeutung der Dumawahlen am 2. Dezember

Petra Stykow, München

Zusammenfassung

Am kommenden Sonntag findet in Russland die Wahl zur Staatsduma, dem Unterhaus des nationalen Parlaments statt. Obwohl ihr Ausgang bereits entschieden scheint und überdies kaum Bedeutung für künftige Politikinhalt hat, beschäftigt sie politische Beobachter sehr: Es geht darum, wie viele und welche Parteien den Einzug ins Parlament erreichen und um die Eindeutigkeit der Mehrheitsverhältnisse in der neuen Duma. Noch mehr geht es darum, ob der Wähler das »System Putin« quasi-plebiszitär legitimiert, und es geht um Weichenstellungen für die Lösung der Frage, wer der nächste Präsident Russlands sein wird.

Ein langweiliger Wahlkampf?

Das vierte Mal seit der Gründung der Russischen Föderation finden am kommenden Sonntag nationale Parlamentswahlen statt. Elf Parteien bewerben sich um 450 Mandate, die nach dem Verhältniswahlrecht mit siebenprozentiger Sperrklausel vergeben werden. Ausländische Beobachter sind irritiert: Einerseits scheint die Wahl schon längst entschieden. Bereits seit Monaten gibt es niemanden mehr, der nicht einen klaren Sieg von »Einiges Russland« vorhersagen würde. Der Wahlkampf, der von der Partei und ihrem Spitzenkandidaten Wladimir Putin dominiert wurde, ist daher als Farce mit begrenztem Unterhaltungswert wahrgenommen worden.

Andererseits hat sich das politische Klima im November deutlich verschärft. Die Wahlen, die nominell dem Wettbewerb zwischen politischen Parteien um Sitze im Unterhaus des Parlaments gelten, sind in ein Plebiszit über Putin und seine Politik umgedeutet worden, und die Kampagne erreichte die Straße: Auf Großkundgebungen forderten Bürger die Änderung der Verfassung, damit Putin – der dies nach wie vor ausschließt – eine dritte Amtszeit Präsident bleibe. Am 15. November gründeten Initiativgruppen aus fast allen Regionen des Landes die Bewegung »Für Putin!«. Am letzten Wochenende vor der Wahl fanden in einer Reihe von Städten »Märsche der Unzufriedenen« statt, an denen erstmals nicht nur die heterogene Allianz des »Anderen Russland«, sondern auch offizielle Vertreter der liberalen Opposition teilnahmen. In Moskau versammelten sich am 24. November zwei- bis dreitausend Menschen. Es kam zu Zusammenstößen mit Spezialeinheiten des Innenministeriums. Garri Kasparow, die Galionsfigur der außerparlamentarischen Bewegung »Anderes Russland«, wurde wegen Störung der öffentlichen Ordnung und der Organisation nicht ge-

nehmiger Protestaktionen zu einer fünftägigen Haftstrafe verurteilt. Am 25. November wurden in St. Petersburg bei einem solchen Marsch mehrere Politiker der Opposition für einige Stunden festgehalten, darunter Boris Nemzow, einer der Spitzenkandidaten der liberalen »Union der rechten Kräfte«.

Warum hat die langweilige Kampagne für eine scheinbar bereits entschiedene Wahl für eine Institution, die politisch sekundär ist, sich derart zugespitzt? Was bedeuten diese Wahlen tatsächlich?

Wahlen als Technik der Elitenrekrutierung

In Demokratien erfüllen Wahlen mehrere Funktionen. Als Technik der Elitenrekrutierung sind sie eine Alternative zur Besetzung politischer Schlüsselämter, die in anderen politischen Systemen beispielsweise per Erbfolge, Selbsternennung oder Ämterkauf erfolgt. Sie stellen deshalb auch das mächtigste Kontrollinstrument der Bürger über die politischen Eliten dar. Zwar liefert die Stimmabgabe keine spezifischen Informationen über den »Willen des Volkes«, wohl aber ein generalisierendes Votum über die Regierenden: Während die Wieder- oder Abwahl von Politikern Auskunft über die allgemeine Zufriedenheit mit der Politik der vergangenen Wahlperiode und Erwartungen an die Zukunft gibt, signalisiert eine hohe Wahlbeteiligung, dass die Verbindung zwischen dem Souverän und seinen Repräsentanten intakt ist. Wahlen sind daher auch die wichtigste Institution für die Legitimitätssicherung von Demokratien.

Analysiert man die bevorstehende Dumawahl vor diesem Hintergrund, fällt zunächst auf, dass sie als Technik der Elitenrekrutierung von minderer Bedeutung ist. Zum einen, weil die Auswahl unter Alternativen faktisch beschränkt ist. Die Wahlkampagne hat den Bürgern weder umfassende noch ausgewogene Informa-

tionen über die Konkurrenten geliefert. Die favorisierte Partei verfügt über einen uneinholbaren Vorsprung, weil sie vom Zugang zu den »administrativen Ressourcen« (der Staatsorgane auf allen Ebenen) und zur »Personalressource Putin« profitiert. Zum anderen aber sind die Wahlen deshalb von geringer Relevanz für die Elitenrekrutierung, weil die Duma im Institutionengefüge des Regierungssystems ein schwaches Glied ist. Anders als in parlamentarischen Regierungssystemen ging bisher aus keiner Wahl (1993, 1999, 2003) ein neues Kabinett hervor; anders als in einer präsidentiellen Demokratie agiert die Duma aber auch nicht als »korporatives« Gegengewicht zur präsidentiellen Exekutive.

Wahlziel: Legitimation des »Systems Putin«

Für die Legitimität des »Systems Putin« sind die bevorstehenden Wahlen jedoch von größter Bedeutung. Russland ist laut seiner Verfassung eine Demokratie. Zwar mögen in der Realität die Standards westlicher liberaler Demokratien mehr oder weniger gründlich verfehlt werden, die politischen Eliten können ihrem Selbstverständnis nach jedoch keineswegs auf die Zustimmung der Bürger verzichten. Das von Putin seit dem Jahr 2000 verfolgte Projekt der »gelenkten Demokratie« enthält eine prinzipielle Einschränkung der Wahlfreiheit, indem der zentralisierten Exekutive das Recht zugestanden wird, den *idealiter* freien Wettbewerb um politische Ämter zu steuern und zu limitieren – unter Verweis auf die »Unreife« des politischen Systems und der Gesellschaft. Zur Rechtfertigung dieser paternalistischen Begründung bedarf die »gelenkte Demokratie« jedoch eines generalisierten Mandats durch die Bevölkerungsmehrheit.

Indem Putin am 1. Oktober seine Spitzenkandidatur für die Partei »Einiges Russland« erklärte, forderte er dieses generalisierte Mandat ein. Die Dumawahl wurde durch die Parteiführung zu einem »Referendum zur Unterstützung Putins« erklärt. Dank dieses bemerkenswerten Relaunchs verwandelte sie sich aus einer zweitrangigen Prozedur der Personalrekrutierung in ein Plebiszit über die bisher achtjährige Regierungszeit Putins und damit in eine Schicksalswahl für Russland. Ein zunehmend aggressiver Angriffswahlkampf gegen die »Feinde Russlands« wurde inszeniert. Er richtete sich weniger gegen konkurrierende Parteien, als gegen vage konturierte Gruppierungen – diejenigen, die Ende der 1980er Jahre die Sowjetunion zerstört und das Land in die Armut getrieben hatten, diejenigen, die in den 1990er Jahren nicht den nationalen Interessen, sondern denen der »Oligarchen« dienten, und diejenigen, die sich gegenwärtig von ausländischen Mächten finanzieren lassen. Aus einem Wettbewerb zwischen politischen Parteien wurde so eine Kampagne gegen die Feinde von Staat und Gesellschaft.

Das Ziel der Propagandakampagne besteht in der maximalen Mobilisierung des Elektorats, um bei hoher Wahlbeteiligung die absolute Mehrheit für »Einiges Russland« im Parlament zu erzielen. Wie wichtig dies ist, zeigt die komplementäre Anweisung der Präsidialverwaltung an die Gouverneure in den Regionen, am Wahltag eine Beteiligung von mindestens 70 % der Wähler sowie ein Abstimmungsergebnis zu sichern, das den Stimmenanteil Putins bei der Präsidentschaftswahl von 2004 (71 %) mindestens erreicht. Jedes andere Ergebnis würde angesichts der überlegenen Wettbewerbsposition des Favoriten Zweifel daran säen, ob das erwünschte allgemeine Wählermandat tatsächlich erteilt worden ist. Die Prognosen der Wahlforscher, die Wahlbeteiligung werde bei etwas über 50 % liegen, erhöhen daher die Spannung durchaus. Träfen sie zu, würde die Wahlbeteiligung das Niveau von 2003 (55,8 %) und 1999 (61,9 %) recht deutlich verfehlen. Bisher hatten Wähler die Chance, in der Wahlkabine ihre Stimme nicht nur für einen bestimmten Kandidaten bzw. eine Partei, sondern auch »gegen alle Kandidaten« abzugeben. Weil das neue Wahlreglement diese Option nicht mehr vorsieht, könnte eine höhere Wahlabstinenz zu großen Teilen tatsächlich als Wählerprotest gegen das gesamte »System Putin« interpretiert werden.

Wahlziel: Verfassungsändernde Parlamentsmehrheit

Die extrem polarisierende Wahlkampagne lässt dem Bürger, so er sich zur Stimmabgabe entschließt, nur die Wahl für oder gegen Putin. Dies bedeutet sowohl für oder gegen die Partei »Einiges Russland« als auch für oder gegen die gesamte politische, ökonomische und soziale Bilanz der letzten acht Jahre. Die Folge dieses Wahlkampfes könnte daher eine nachhaltige Spaltung der Wählerschaft in zwei große Gruppen sein, wie sie bisher nicht bestand. Da nach allgemeiner Ansicht weder Jabloko noch die Union der rechten Kräfte eine realistische Chance haben, die Sperrklausel zu überwinden, ist es nicht ausgeschlossen, dass auch viele liberal eingestellte Wähler für die Kommunistische Partei votieren. Erstmals würden sich dann die kommunistische und die liberale Opposition in einem gemeinsamen politischen Lager wiederfinden.

Hier lässt sich ein weiteres Argument für die Bedeutung der Dumawahl finden: Der Wählerwille soll »Einiges Russland« die verfassungsändernde Mehrheit im Parlament bringen, um dem künftigen Präsidenten die volle Handlungsfreiheit in der Legislative zu sichern. Die »Partei der Macht« hatte eine solche Mehrheit bereits in der gegenwärtigen Duma inne, sie verdankte sich jedoch nicht unmittelbar dem Wahlergebnis (223 von 450 Sitzen im Dezember 2003), sondern erst dem nachfolgenden Beitritt nominell unabhängiger Kandi-

daten zu ihrer Fraktion. Da dieser Weg zu einer parlamentarischen Zweidrittelmehrheit aufgrund des geänderten Wahlgesetzes inzwischen verschlossen ist, muss sie unmittelbar durch das Stimmresultat erreicht werden. Wahlprognosen anhand von Umfragen zeigen, dass dieses Ziel nicht unrealistisch ist. Ob es erreicht wird, hängt vermutlich davon ab, wie viele weitere Parteien schließlich ins Parlament einziehen werden. Relativ sicher erscheint dies für die Kommunistische Partei, unsicher (aber möglich) für die Liberaldemokratische Partei Schirinowskijs und die zweite pro-präsidentielle Partei »Gerechtes Russland«. Das Wahlergebnis ist daher auch von Bedeutung für die mittelfristige Struktur des Parteiensystems.

Dumawahl und Nachfolgefrage

Der wichtigste Aspekt, unter dem die Bedeutung der Dumawahlen zu interpretieren ist, besteht in ihren Auswirkungen auf die innenpolitische Stabilität angesichts einer Regimekrise, die durch das sogenannte »Problem 2008« herangereift ist. Es handelt sich um die Frage, wer der nächste Präsident Russlands sein wird. Dieses Nachfolgeproblem belastet die politische Situation zunehmend.

Die Macht des russischen Präsidenten stützt sich einerseits auf einen zentralisierten bürokratischen Apparat, andererseits auf ausgedehnte interpersonelle Netzwerke. Der konkreten Person, welche die Fäden dieser Macht in den Händen hält, kommt daher zentrale Bedeutung für die Stabilität des Regimes zu. Sie kontrolliert den Zugang zu allen wichtigen politischen wie ökonomischen Ressourcen und balanciert die Ansprüche konkurrierender Elitenfraktionen aus. Die Frage des Machttransfers auf eine neue Person, wenn der bisherige Amtsinhaber (aus welchen Gründen auch immer) ausscheidet, bildet daher eine Art »Sollbruchstelle« in Regimes mit einer solchen Herrschaftsstruktur, die nicht nur das postkommunistische Russland auszeichnet, sondern auch die meisten anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion: Die Spitzenposition in diesem System muss aus Gründen der Legitimationsbeschaffung zwar formal aufgrund eines Wählervotums besetzt werden. Faktisch jedoch können sich die Eliten darauf nicht einlassen, da es nicht um die Bestimmung von Repräsentanten des *demos* durch diesen selbst geht, sondern um die Auswahl eines Managers intraelitärer Allianzen und Verteilungskonflikte. Die Nachfolgefrage muss also in der Sache bereits vor dem offiziellen Wahltermin entschieden werden, während sie der Form nach bis dahin offen zu bleiben hat.

Dieser Spagat ruft zwangsläufig politische Unsicherheit hervor, weil es mehrere Elitenfraktionen gibt, die den jeweils eigenen Repräsentanten durchzusetzen versuchen, so dass sich Strategien und Gegenstrategi-

en überkreuzen und die Lage eskalieren kann. Bezeichnend ist, dass die intraelitären Auseinandersetzungen zwar in irgendeiner Form nach außen dringen – etwa in Form von Gerüchten, unerwarteten personellen Rochaden, rhetorischen Attacken usw., sich jedoch nicht unmittelbar und eindeutig in die Konkurrenz politischer Parteien übersetzen. Deshalb verläuft der Wahlkampf auf der strukturellen Ebene der Parteien eher langweilig. Er gewinnt seine Spannung erst dann, wenn er substantiell darüber hinausgeht, wie die Umdeutung »einfacher« Parlamentswahlen in ein Referendum über das Gesamtsystem und die Angriffe gegen die »Feinde Russlands« zeigen.

Ziel der Wählermobilisierung: Revolutionsprävention

Falls die herangereifte Frage des Machttransfers nicht vorab intraelitär entschieden wird oder falls der Wähler den intraelitären Personalkompromiss nicht bestätigen sollte, wird die Lage dramatisch. In solchen Situationen kam es in Georgien 2003, der Ukraine 2004 und Kirgisien 2005 zu »bunten Revolutionen«, weil bisher nicht in das politische Machtzentrum integrierte Elitengruppen Allianzen mit mobilisierbaren Bevölkerungsgruppen eingingen. Damit konnten sie das Fehlen eigener »administrativer Ressourcen« kompensieren. Sie präsentierten mit ihrem Spitzenkandidaten eine echte personelle Alternative, der als »lupenreiner Demokrat« durch die Unterstützung »von unten« getragen wurde und daher den plebiszitären Legitimationsanspruch des Regimes gegen dieses selbst zu wenden vermochte. Die Regimekrisen, die in beiden Ländern dadurch ausgelöst wurden, halten bekanntlich noch immer an.

Sowohl der Angriffswahlkampf Putins als auch die »von oben« gesteuerte Mobilisierung »von unten« können daher als Präventivmaßnahme gegen eine drohende »bunte Revolution« interpretiert werden. Sie ergänzen die seit Jahren verfolgte »negative Strategie« der systematischen Einschränkung von Chancen der oppositionellen Mobilisierung um eine »positive Strategie« – die Gegenmobilisierung der Gesellschaft und die Schaffung von Feindbildern, die bei Bedarf jederzeit namentlich präzisiert werden können. Dies verweist auf eine differenzierte Lernfähigkeit Putins und seiner Umgebung.

Die (Über-)Parteilichkeit des Präsidenten und die Nachfolgefrage

Seit vielen Monaten kursieren immer neue Szenarien für die Lösung des Nachfolgeproblems. Im Dumawahlkampf traten einige neue Schachzüge der beteiligten Akteure, Zugmöglichkeiten und -zwänge hervor, die ihn zu einem wichtigen Schritt in diesem Prozess gemacht haben: Die Nominierung Putins als Spitzenkandidat von »Einiges Russland« brach auch offen mit

der – von Jelzin begründeten und von Putin bis dahin stets verteidigten – Tradition der Überparteilichkeit des Präsidenten. Dies entschied zum einen schlagartigen Wettbewerb zwischen den zwei pro-präsidentiellen Parteien »Einiges Russland« und »Gerechtes Russland«. Er war seit dem Sommer 2006 als Experiment der Präsidentschaftsadministration auf der Suche nach einem der »gelenkten Demokratie« angemessenen Parteiensystem interpretiert worden. Nunmehr hat sich zunächst das sogenannte »mexikanische Modell« mit einer hegemonialen Partei und kleineren, mehr oder weniger oppositionellen Parteien durchgesetzt und die Variante eines Systems aus zwei tendenziell gleichstarken, präsidententreuen Parteien verdrängt, die alternierend das Parlament dominieren und vom Präsidenten bei Bedarf gegeneinander ausgespielt werden könnten.

Gleichzeitig wechselte damit auch das institutionelle Experimentierfeld: Als Spitzenkandidat der stärksten Partei, so wurde vermutet, könnte Putin Premierminister und damit sein eigener Nachfolger werden, ohne dass es einer verfassungswidrigen dritten Amtszeit als Präsident bedürfte. Die Bedingung dafür bestünde lediglich in einer (leicht zu begründenden) Verfassungsänderung, mit der das Regierungssystem vom bisher formal semi-, faktisch aber »super«-präsidentiellen in ein parlamentarisches System umgewandelt werden müsste.

Ende Oktober verwarf Putin diese Option offiziell, jedoch ist die Überparteilichkeit des Präsidenten aufgrund seiner klaren politischen Positionierung für »Einiges Russland« bedeutungsvoll. Für Putin bietet das offene Bekenntnis zur »Partei der Macht« sowohl Vor- als auch Nachteile: Sie dürfte viele Wähler dazu motivieren, ihre Stimme für sie abzugeben, um den Erfolg des Quasi-Plebiszits zu sichern. Andererseits macht sie Putin eher zum Partei- als zum »nationalen Führer« und schränkt seine Handlungsoptionen damit ein, wenn er nicht wieder auf Distanz geht. Gleichzeitig hat sein Bekenntnis zu »Einiges Russland« eine politische Polarisierung provoziert, die als mutwilliges Spiel mit dem Feuer erscheinen kann – wenn sie nicht überhaupt ihren Zweck verfehlt: Die eigentliche Gefahr für die innenpolitische Stabilität Russlands geht weitaus weniger von einer latent unzufriedenen Bevölkerung und der »systemischen Opposition« aus als von den internen Spaltungen innerhalb der herrschenden Elite. Zwar dürfte Russland keine »bunte Revolution« bevorstehen, jedoch ist noch immer nicht klar, ob sich seine Elitenfraktionen konfliktarm auf einen starken Nachfolger im Präsidentenamt einigen können.

Über die Autorin

Petra Stykow ist Professorin für Politikwissenschaft am Geschwister-Scholl-Institut der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Wie weiter?

Putin, der am 2. Dezember mit Sicherheit ein Parlamentsmandat erringen wird, muss sich danach entscheiden: Die Annahme des Mandats würde seinen Rücktritt als Präsident erfordern und ihm die Chance eröffnen, Vorsitzender der Duma oder Regierungschef zu werden; vielleicht würde es sogar als verfassungskonform interpretiert werden, träte er im März 2008 aus einer solchen Position heraus als Kandidat für eine neuerliche Präsidentschaft an. Nähme er das Mandat hingegen nicht an, könnte er bis zum Ende seiner Amtszeit Präsident bleiben, was andere Optionen eröffnen würde, darunter die derzeit viel diskutierte Idee, ihn in den – konstitutionellen oder extrakonstitutionellen – Rang eines »nationalen Führers« zu erheben. Dies würde die institutionelle Redundanz des politischen Systems Russlands freilich auf die Spitze treiben und Potential für heftige institutionelle Konflikte bergen, weil es aufgrund seines »superpräsidentiellen« Designs bereits über einen mächtigen personalisierten Schlüsselakteur verfügt.

Alle derzeit diskutierten Szenarien sind, vom Standpunkt der Regimestabilität aus gesehen, höchst riskant. In den nächsten Wochen sind neue Erkenntnisse zu erwarten, welche Optionen realistisch sind und welche gegebenenfalls aufgrund des Wahlergebnisses neu entstehen. Zur Erinnerung: Das Nachfolgeproblem, das im Jahre 1999 angestanden hatte, wurde durch den Rücktritt des Amtsinhabers zwei Wochen nach der Dumawahl gelöst. Der erst kurze Zeit zuvor ernannte Premierminister übernahm dessen Amt und wurde wenig später per Wahl darin bestätigt. In der Folgezeit löste er sich geschickt aus der Abhängigkeit von seinem Ziehvater – der sich nicht zum »nationalen Führer« erheben ließ, sondern aus der Politik zurückzog. Dennoch ging die Konsolidierung des Regimes nicht ohne die selektive Bekämpfung einiger mächtiger Elitenfraktionen ab.

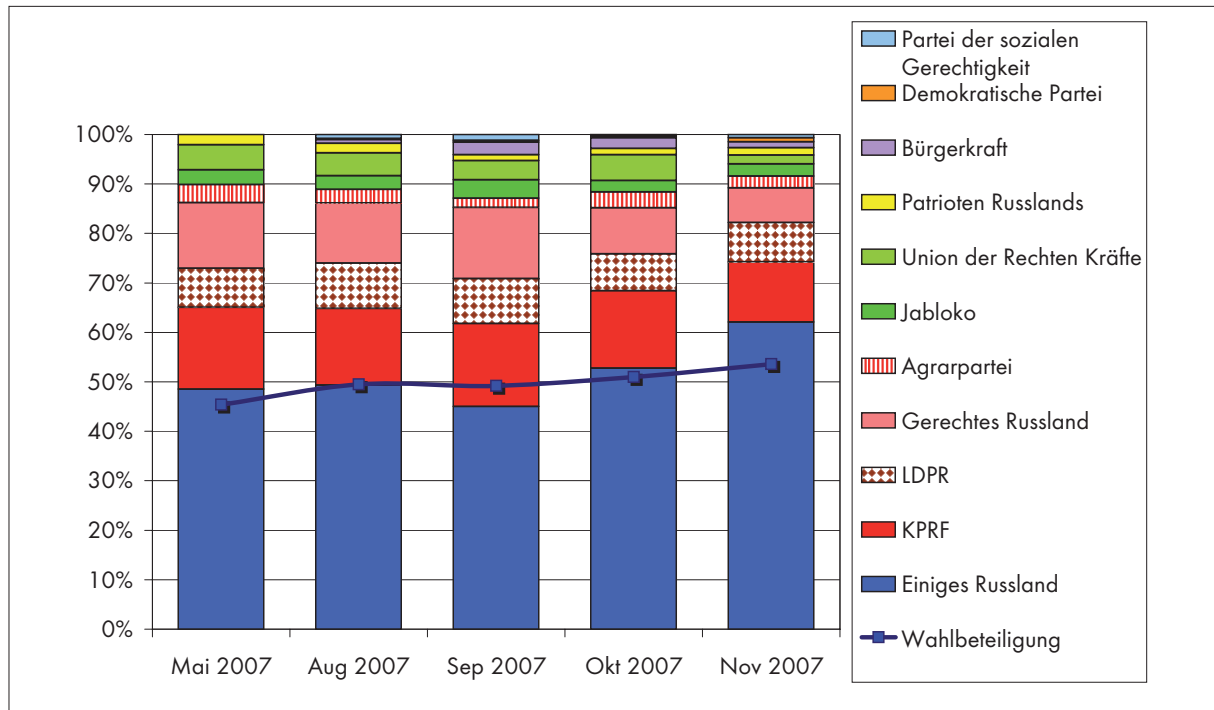
Die Dumawahl am kommenden Sonntag und die Präsidentenwahl am 2. März kommenden Jahres gehören untrennbar zusammen. Es handelt sich um die beiden einzigen vorab öffentlich bekannten Daten in einem Prozess, in dem ein Nachfolger für den amtierenden Präsidenten gefunden werden muss, welcher die Kontinuität des »Systems Putin« sichern kann. Dass Putin, wie Beobachter gern unterstellen, souveräner Gestalter dieses Prozesses ist und die Öffentlichkeit bisher lediglich aus taktischen Gründen im Unklaren über seine Pläne lässt, kann angesichts der politischen Dynamik der letzten Wochen mit gutem Grund bezweifelt werden.

Tabellen und Grafiken zum Text

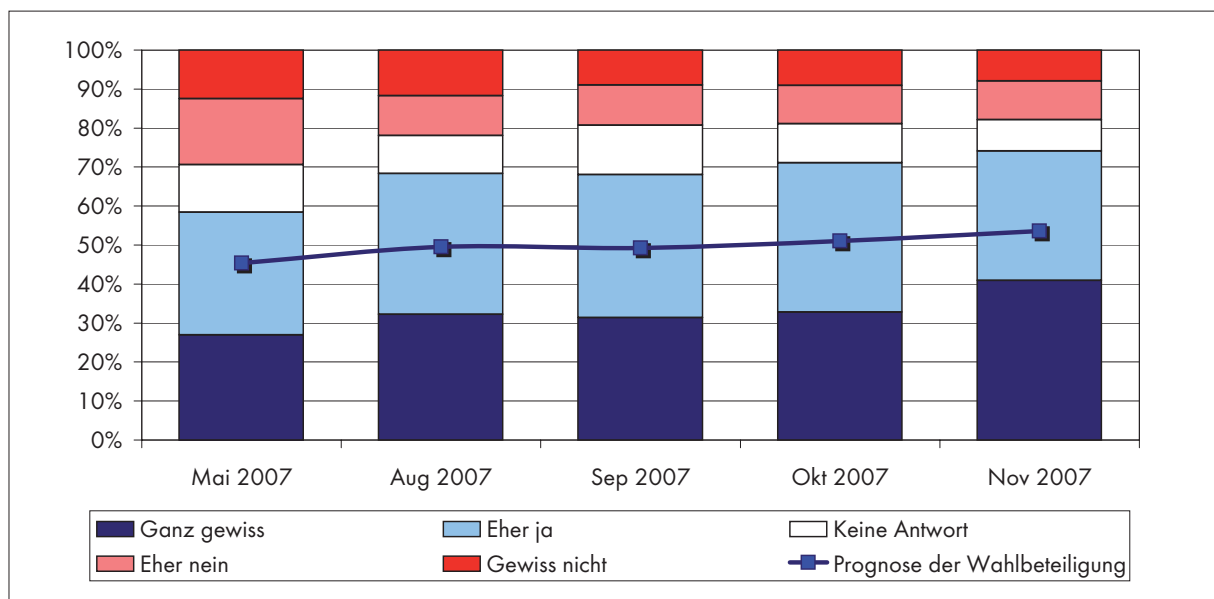
Die Prognose des WZIOM

Quelle: Berechnungen des staatsnahen Meinungsforschungsinstituts WZIOM
<http://wziom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/9240.html>

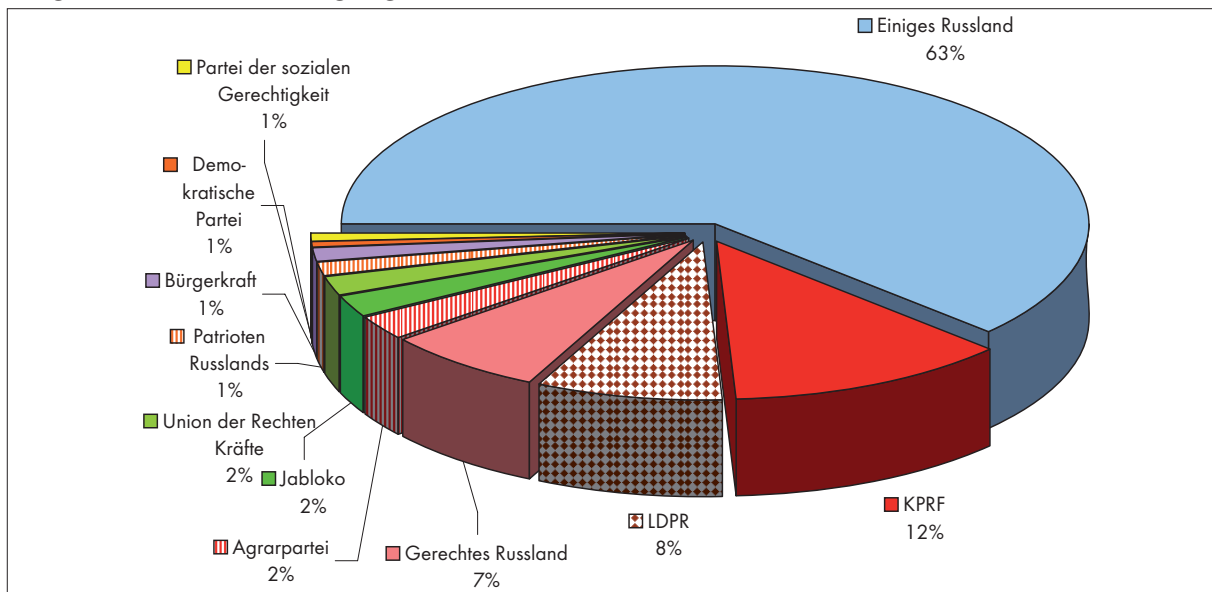
Entwicklung der Prognosen für die Dumawahl (Berechnungen des WZIOM)



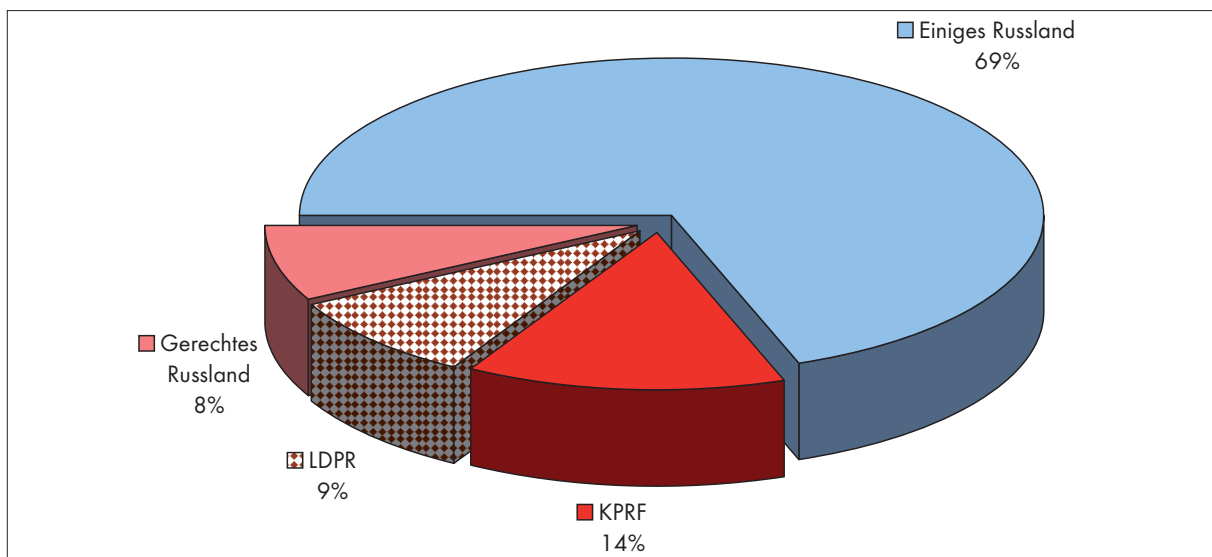
Wenn die Dumawahlen am nächsten Sonntag stattfänden, würden Sie daran teilnehmen?



Prognose des Abstimmungsergebnisses (WZIOM)



Prognose der Mandatsverteilung in der 5. Staatsduma (Annahme: vier Parteien gelangen in die Duma, WZIOM)



	Anteil ohne Einbeziehung der Stimmenverteilung	Anteil mit Einbeziehung der Stimmenverteilung	Zahl der Mandate
Einiges Russland	62,1%	69,6%	313
KPRF	12,2%	13,7%	62
LDPR	8,0%	8,9%	40
Gerechtes Russland	7,0%	7,8%	35

Quelle: Berechnungen des staatsnahen Meinungsforschungsinstituts WZIOM
<http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/9240.html>

Prognose der Ergebnisse der Dumawahlen am 2.12.2007

Wenn die Dumawahlen am nächsten Sonntag stattfänden, würden Sie daran teilnehmen?

	Mai 2007	August 2007	September 2007	Oktober 2007	November 2007
Ganz gewiss	26,5%	32,3%	31,3%	32,8%	40,9%
Eher ja	31,0%	36,2%	36,6%	38,2%	33,2%
Eher nein	16,6%	10,3%	10,2%	9,8%	10,0%
Gewiss nicht	12,3%	11,7%	9,0%	9,1%	7,9%
Keine Antwort	12,0%	9,7%	12,7%	10,0%	8,0%
Prognose der Wahlbeteiligung	45,4%	49,5%	49,2%	51,0%	53,6%

Prognose des Abstimmungsergebnisses am 2.12.2007

	Alle Respondenten	Anteil der »aktiven Wähler«	Novemberprognose
Einiges Russland	55,6%	66,3%	62,1%
KPRF	5,8%	8,1%	12,2%
LDPR	4,8%	4,4%	8,0%
Gerechtes Russland	4,9%	6,3%	7,0%
Agrarpartei	1,3%	1,8%	2,4%
Jabloko	1,1%	1,1%	2,4%
Union der Rechten Kräfte	0,8%	1,1%	1,8%
Patrioten Russlands	0,6%	0,6%	1,5%
Bürgerkraft	0,6%	0,6%	1,2%
Demokratische Partei	0,1%	0,4%	0,8%
Partei der sozialen Gerechtigkeit	0,1%	0,2%	0,7%
Nehme nicht teil	10,8%	-	
Keine Antwort	13,6%	9,1%	

Dynamik der Prognosen

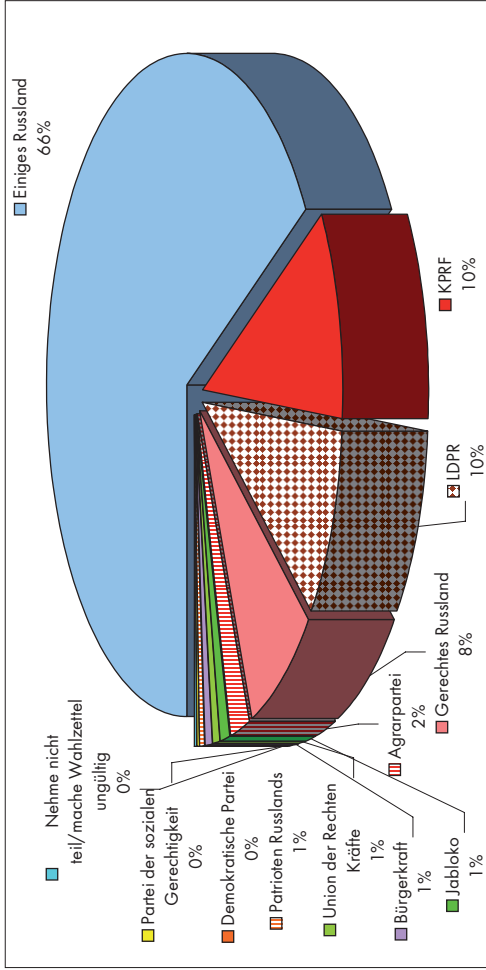
	Mai 2007	Aug 2007	Sep 2007	Okt 2007	Nov 2007	Dynamik
Wahlbeteiligung	45,4%	49,5%	49,2%	51,0%	53,6%	2,6
Parteien						
Einiges Russland	46,1%	47,4%	44,0%	52,7%	62,1%	9,4
KPRF	15,7%	14,9%	16,4%	15,6%	12,2%	-3,4
LDPR	7,5%	8,8%	8,9%	7,5%	8,0%	0,5
Gerechtes Russland	12,6%	11,7%	14,1%	9,3%	7,0%	-2,3
Agrarpartei	3,5%	2,6%	1,8%	3,2%	2,4%	-0,8
Jabloko	2,8%	2,7%	3,6%	2,3%	2,4%	0,1
Union der Rechten Kräfte	4,8%	4,4%	3,8%	5,2%	1,8%	-3,4
Patrioten Russlands	2,0%	1,9%	1,2%	1,3%	1,5%	0,2
Bürgerkraft	<1%	0,7%	2,5%	2,1%	1,2%	-0,9
Demokratische Partei	<1%	0,2%	0,3%	0,4%	0,8%	0,4
Partei der sozialen Gerechtigkeit	<1%	0,8%	1,2%	0,3%	0,7%	0,4

Quelle: Berechnungen des staatsnahen Meinungsforschungsinstituts WZIAM
<http://wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/9240.html>

Die Prognose der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM)

Quelle: Berechnungen von A.A. Oslon, auf Basis der Umfrageergebnisse der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) vom 18. und 19. November http://bd.fom.ru/zip/oston_prognoz_261107.zip

Die Prognose des Abstimmungsergebnisses (»Stiftung Öffentliche Meinung«/FOM)

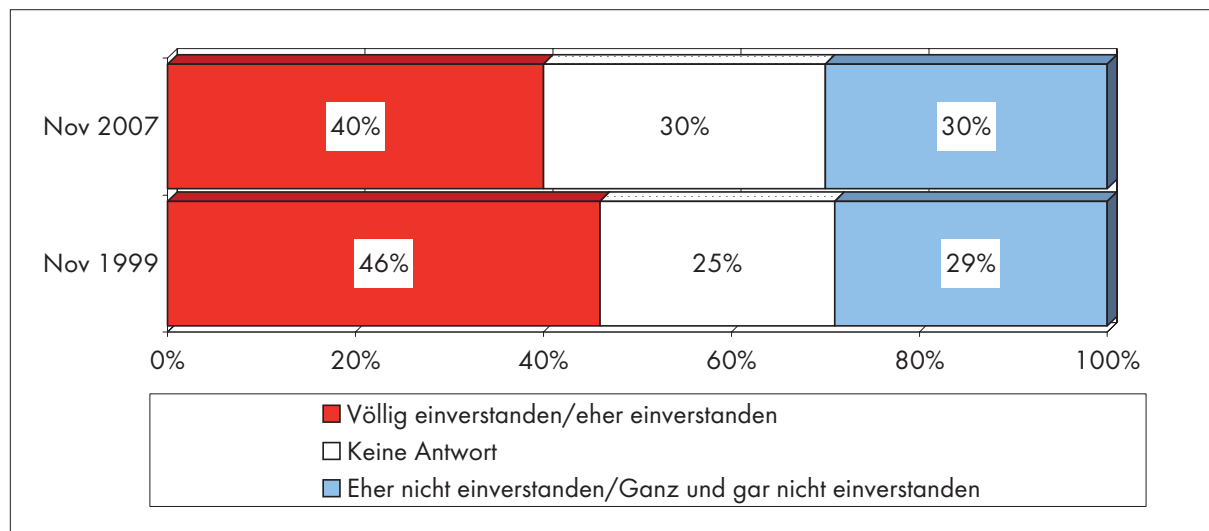


	Ganze Bevölkerung	Nehme gewiss an den Wahlen teil	Nehme wahrscheinlich an den Wahlen teil	Nehme eher an den Wahlen teil als nicht	Nehme eher nicht an den Wahlen teil	Nehme wahrscheinlich nicht an den Wahlen teil	Nehme gewiss nicht an den Wahlen teil	Habe mich noch nicht entschieden, keine Antwort	Stimmen aller Respondenten mit Wahlbeteiligung	Stimmenverteilung der Wahlteilnehmer	Stimmen derjenigen, die sich entschieden haben	Expertenzuordnung derjenigen, die sich nicht entschieden haben	Prognose
Anteil der Gruppe	100,0%	45,0%	21,0%	11,0%	3,0%	3,0%	10,0%	6,0%	57,9%	60,3%	0,4%	66,0%	
Einiges Russland	49,9%	62,8%	56,9%	55,3%	31,7%	20,9%	3,4%	24,6%	34,9%	7,5%	60,3%	0,2%	
KPRF	6,1%	8,3%	6,2%	5,8%	1,8%	2,7%	0,8%	2,5%	4,4%	7,5%	7,5%	0,2%	
LDPR	6,1%	6,6%	8,8%	5,6%	4,9%	3,2%	1,7%	4,2%	4,1%	7,0%	7,0%	0,2%	
Gerechtes Russland	4,4%	5,8%	5,6%	4,3%	1,4%	1,3%	0,0%	0,8%	3,2%	5,6%	5,6%	0,2%	
Agrarpartei	1,6%	2,0%	1,5%	2,8%	1,0%	0,7%	0,0%	0,5%	1,1%	1,9%	1,9%	0,0%	
Jabloko	0,8%	1,2%	0,3%	0,6%	0,0%	0,0%	0,9%	0,0%	0,5%	0,9%	0,9%	0,0%	
Union der Rechten Kräfte	0,6%	0,9%	0,5%	0,0%	2,0%	0,0%	0,0%	0,8%	0,4%	0,7%	0,7%	0,0%	
Bürgerkraft	0,6%	0,7%	0,6%	0,8%	0,0%	0,0%	0,0%	0,8%	0,4%	0,7%	0,7%	0,0%	
Patrioten Russlands	0,4%	0,4%	0,4%	0,9%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,3%	0,5%	0,5%	0,0%	
Demokratische Partei	0,1%	0,0%	0,3%	0,2%	0,0%	0,0%	0,0%	0,5%	0,1%	0,1%	0,1%	0,0%	
Partei der sozialen Gerechtigkeit	0,1%	0,1%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,3%	0,0%	0,1%	0,1%	0,1%	0,0%	
Nehme nicht teil/mache Wahlzettel ungültig	12,8%	0,1%	0,6%	1,0%	27,2%	59,8%	89,8%	7,8%	0,2%	0,4%	0,4%	0,0%	
Keine Antwort	16,5%	11,1%	18,4%	22,4%	30,0%	11,3%	3,0%	57,5%	8,3%	14,3%	85,7%	1,0%	
Summe	100,0%	100,0%	100,1%	99,7%	100,0%	99,9%	99,9%	100,0%	58,0%	100,0%	85,7%	1,0%	

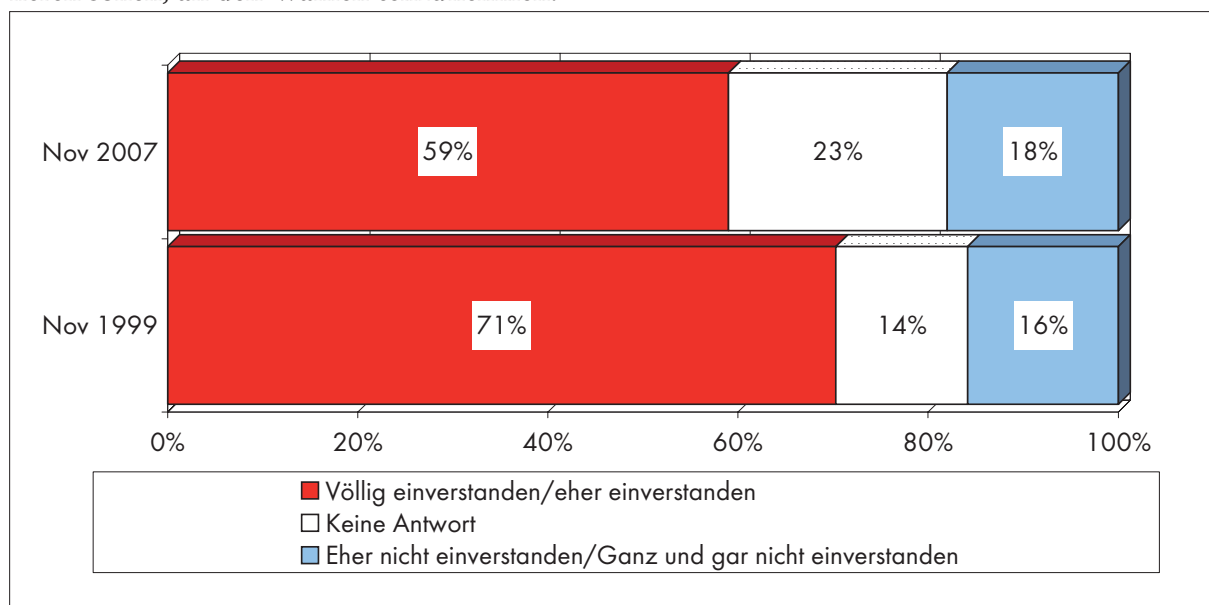
Gleiche Chancen für alle Parteien?

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 9.–13.11.2007 <http://www.levada.ru./press/2007112602.html>

Inwieweit sind Sie damit einverstanden, dass die Zentrale Wahlkommission Parteien und Blöcke bevorzugt, die der heutigen Exekutive gegenüber loyal sind?



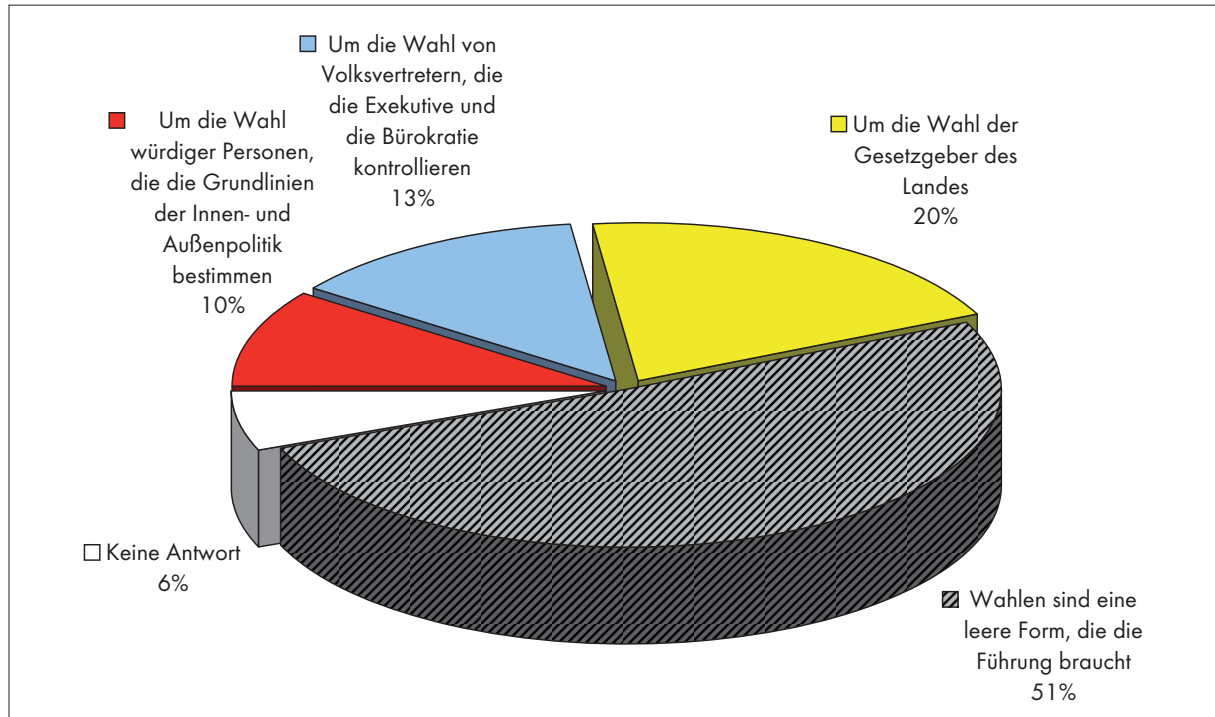
Sind Sie damit einverstanden, dass Parteien mit extremistischen Anschauungen das Recht verlieren sollen, an den Wahlen teilzunehmen?



Parteiprofile und Erwartungen an die Wahlen

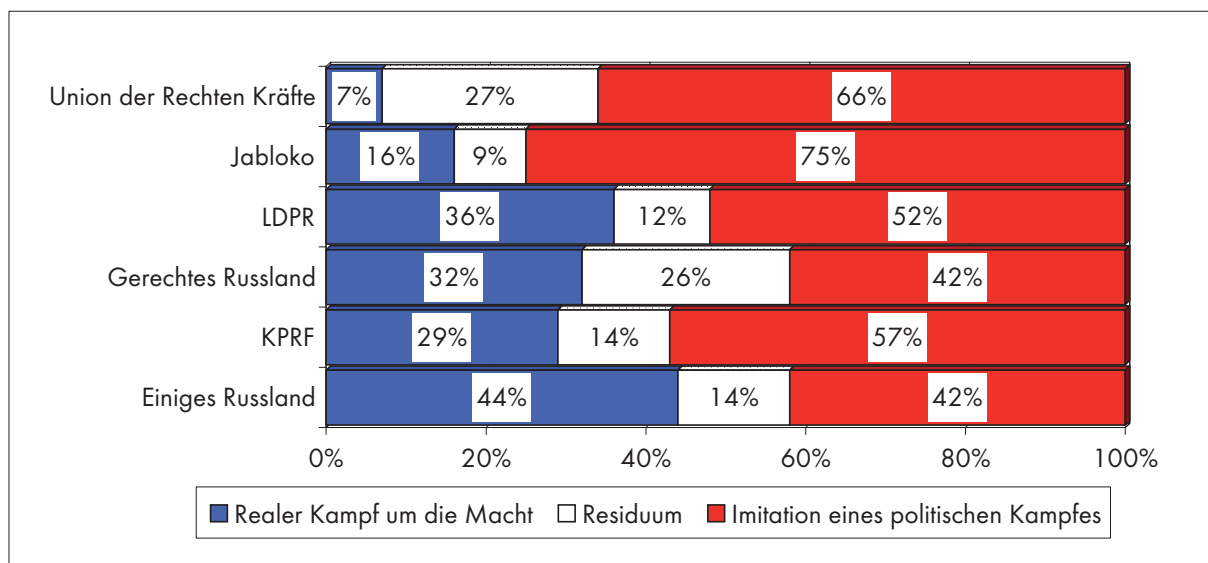
Quelle: Auswertung der Lewada-Umfragen durch Lev Gudkov <http://www.polit.ru/research/2007/11/26/itogi.html>

Was meinen Sie, worum geht es bei den Dumawahlen im Dezember?



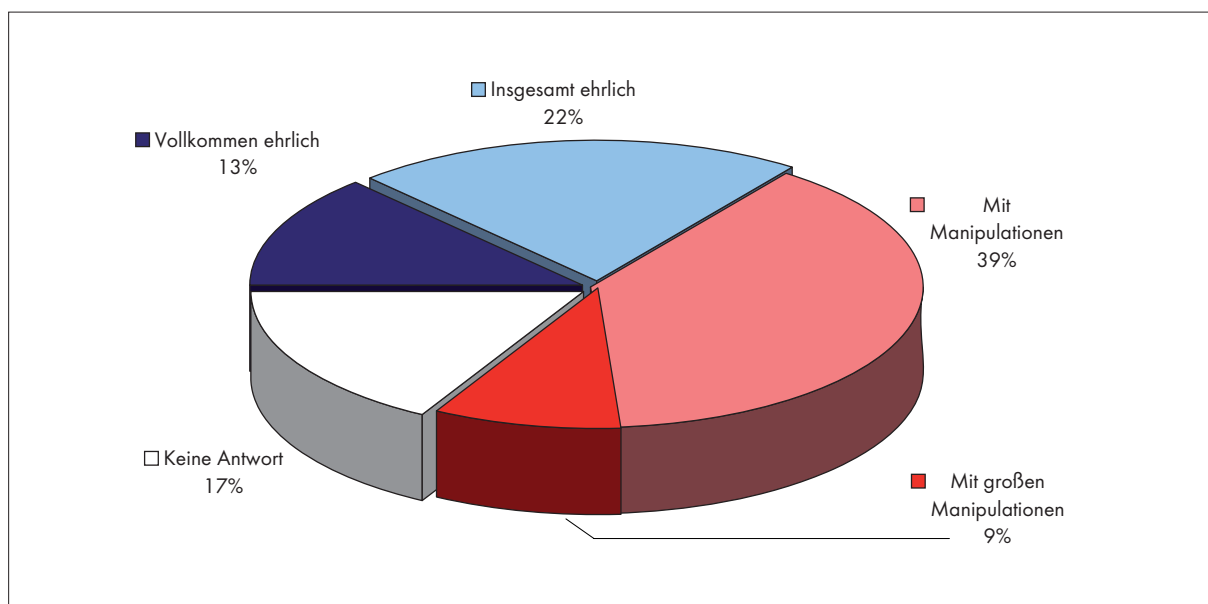
Handelt es sich bei den Dumawahlen 2007 um einen echten Machtkampf der Parteien oder die Simulation eines Machtkampfes?

(Positionen der Anhänger unterschiedlicher Parteien)



Was meinen Sie, haben Sie Einfluss auf das politische und ökonomische Leben in Russland?

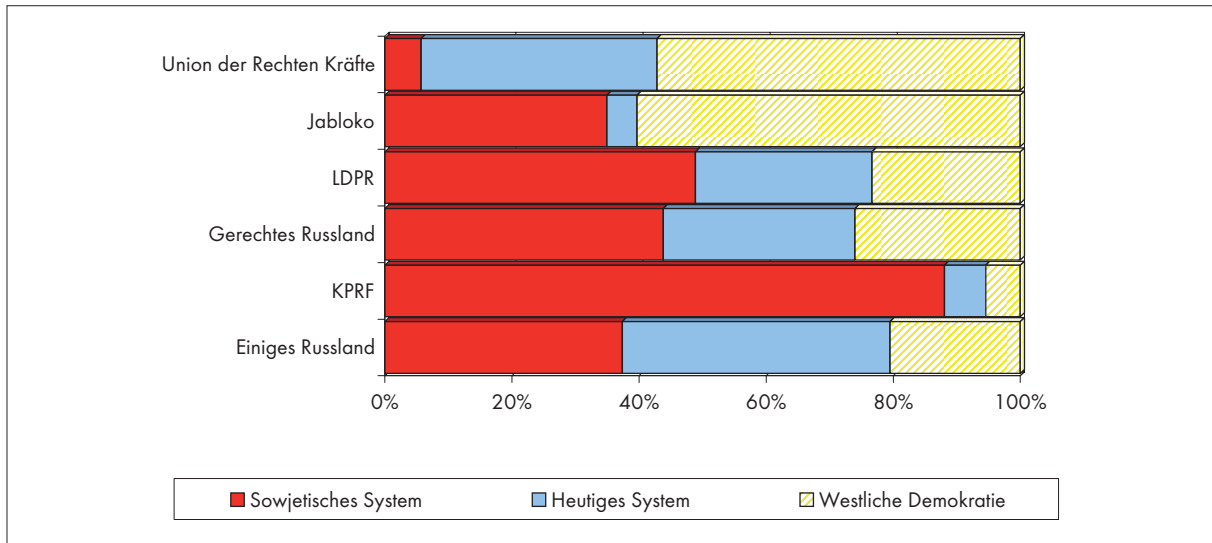
	im Durch- schnitt	Einiges Russland	KPRF	Gerechtes Russland	LDPR	Jabloko	Union der Rechten Kräfte
Ja, habe Einfluss	15%	19%	7%	4%	18%	14%	5%
Nein, habe keinen Einfluss	81%	78%	92%	95%	76%	86%	95%
Keine Antwort	4%	5%	3%	2%	3%	0%	0%

Werden die bevorstehenden Dumawahlen ehrlich sein, ohne Einsatz administrativer Ressourcen und Manipulation der Ergebnisse?

**Zugunsten welcher Partei wird manipuliert werden?
(Anteil derjenigen, die die Wahlen nicht für vollständig ehrlich halten)**

Einiges Russland	42%
Gerechtes Russland	6%
LDPR	8%
KPRF	6%
Union der Rechten Kräfte	3%
Jabloko	3%
Andere	1%
Keine Antwort	47%

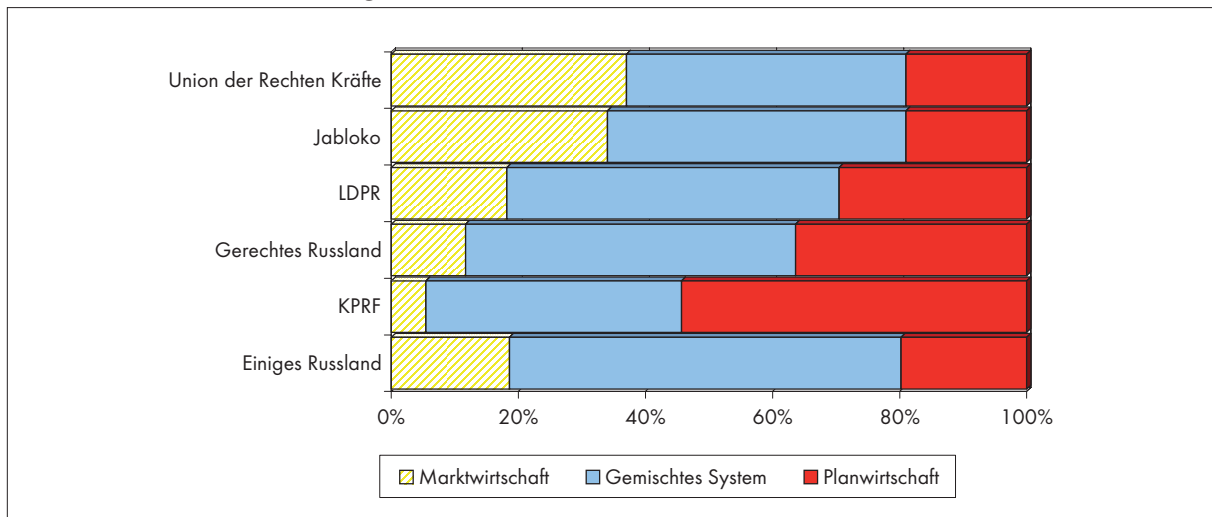
Quelle: Auswertung der Lewada-Umfragen durch Lev Gudkov <http://www.polit.ru/research/2007/11/26/itogi.html>

Welches politische System gefällt Ihnen besser?



	Einiges Russland	KPRF	Gerechtes Russland	LDPR	Jabloko	Union der Rechten Kräfte
Sowjetisches System	31%	81%	32%	44%	22%	4%
Heutiges System	35%	6%	22%	25%	3%	26%
Westliche Demokratie	17%	5%	19%	21%	38%	40%

Welches Wirtschaftssystem gefällt Ihnen besser?



	Einiges Russland	KPRF	Gerechtes Russland	LDPR	Jabloko	Union der Rechten Kräfte
Marktwirtschaft	16%	5%	9%	16%	34%	37%
Gemischtes System	53%	37%	40%	46%	47%	44%
Planwirtschaft	17%	50%	28%	26%	19%	19%

Quelle: Auswertung der Lewada-Umfragen durch Lev Gudkov <http://www.polit.ru/research/2007/11/26/itogi.html>

Wesen Interessen vertritt die Partei ?

	Einiges Russland	KPRF	Gerechtes Russland	LDPR	Jabloko	Union der Rechten Kräfte
Oligarchen, Bankiers, Großunternehmer	21%	5%	7%	13%	19%	10%
Direktorenkorps, Manager	19%	5%	8%	9%	11%	9%
Föderale und regionale Bürokraten	20%	4%	9%	12%	10%	7%
„silowiki“ - Angehörige der Machtapparate	16%	2%	4%	6%	4%	3%
Kultur- und Wissenschaftselite	7%	3%	4%	3%	6%	12%
Mittelschicht	15%	8%	10%	10%	9%	10%
Intelligenz (Ärzte, Lehrer, Ingenieure usw.)	12%	11%	8%	4%	5%	10%
„Einfache Leute“	15%	26%	14%	8%	3%	3%
Arme Leute, Arbeitslose	4%	20%	8%	5%	2%	2%
Alle ohne Ausnahme	16%	9%	7%	9%	4%	4%
Keine Antwort	20%	38%	47%	44%	50%	49%

Sozialdemographische Charakteristik der Anhänger der verschiedenen Parteien

	Einiges Russland	KPRF	Gerechtes Russland	LDPR	Jabloko	Union der Rechten Kräfte
Geschlecht						
Männer	38%	53%	41%	63%	33%	71%
Frauen	62%	47%	59%	37%	67%	29%
Alter						
18-24 Jahre	14%	6%	16%	18%	10%	18%
55 Jahre und älter	26%	48%	40%	19%	6%	11%
Bildung						
Hochschule	15%	19%	13%	16%	29%	62%
Grundschule	19%	33%	12%	24%	9%	0%
Sozialstatus						
Unternehmer	3%	0,70%	9%	2%	6%	19%
Manager	4%	0,20%	2%	8%	0%	0%
Spezialist	16%	11%	15%	18%	33%	27%
Angestellter	10%	6%	6%	8%	38%	13%
Arbeiter	29%	30%	19%	29%	8%	30%
Schüler, Student	6%	2%	6%	4%	0%	0%
Rentner	21%	36%	35%	12%	6%	7%
Arbeitsloser	4%	6%	5%	7%	7%	0%
Wohnort						
Moskau	7%	3%	5%	7%	12%	5%
Großstadt	19%	10%	24%	22%	43%	13%
Mittelstadt	18%	28%	24%	17%	20%	30%
Kleinstadt	30%	35%	18%	29%	11%	30%
Dorf	26%	24%	29%	25%	14%	22%

Quelle: Auswertung der Lewada-Umfragen durch Lev Gudkov <http://www.polit.ru/research/2007/11/26/itogi.html>

Kommentar

Russland vorm Abgrund? Putins Wahlkampfrede vom November 2007 als Gezeitenwechsel der postsowjetischen Politik

Andreas Umland, Nationale Taras-Schewtschenko-Universität Kyjiw

Präsident Putins Rede auf dem »Forum der Anhänger Wladimir Putins« am 21.11.07 in Moskau könnte einen Wendepunkt in der Entwicklung des postkommunistischen Russlands darstellen. In einer Rede im Stadion von Lushniki, gewissermaßen auf dem Höhepunkt seiner Duma-Wahlkampagne, warnte der russische Präsident, indem er sich offensichtlich auf die politisch schwache, doch öffentlich weiterhin präsente liberale Bewegung bezog, vor »jenen, die sich leider noch innerhalb des Landes befinden, die wie Schakale (kto ›schakalitu) an den ausländischen Botschaften, den ausländischen diplomatischen Repräsentanzen herumschleichen, (sowie) mit der Unterstützung ausländischer Stiftungen und Regierungen und nicht der Unterstützung des eigenen Volkes rechnen.« Dass Putin dabei nicht gesellschaftliche Randphänomene wie Eduard Limonows sog. Nationalbolschewiken meinte, wird an seiner Spezifizierung deutlich, dass es sich hier um jene handelt, »die in den Neunzigern hohe Posten bekleideten« und »deren Namen man (heute) unter den Kandidaten und Sponsoren einiger Parteien finden kann.« Das seien, sagte Putin, »diejenigen, die in der schwierigsten Periode der terroristischen Intervention gegen Russland (aus Tschetschenien) verräterisch zu Verhandlungen und im Kern zu einer Übereinkunft mit Terroristen, mit jenen, die unsere Kinder und Frauen töteten, aufgerufen und auf gewissenloseste und zynischste Art und Weise mit den Opfern spekuliert haben. Kurz gesagt, dies sind all jene, die am Ende des vergangenen Jahrhunderts Russland zu Massenarmut und allgegenwärtiger Bestechung geführt haben (...).«

Derlei Interpretationen sind, wie auch das von Putin in München im Februar gezeichnete manichäische Bild der heutigen Weltpolitik, nichts Neues in Russland. Bisher war die Idee, dass die Demokraten Landesverräter und Volksfeinde seien und daher des Landes verwiesen werden müssten, allerdings eine Prärogative der Rechtsextremisten und nationalistisch gewendeten Kommunisten. Dies ist was Shirinowskij, Sjuganow, Baburin, Prochanow, Dugin und Co. seit Jahren predigen: Die Liberalen sind keine bloßen politischen Opponenten, sondern eine »fünfte Kolonne« bzw. »Einflussagenten« des Westens, die als Kriminelle behandelt werden müssen.

Es ist Wahlkampf in Russland, mag man einwenden. Auch in westlichen Demokratien verlauten Po-

litiker zuweilen bizarre Dinge, zumal während ihrer Wahlkampagnen. Russlands heutiges soziopolitisches System ist jedoch keine westliche Demokratie, sondern wird von Putins »Machtvertikale« definiert. Die »Machtvertikale« durchdringt nicht nur die Zentralregierung und Putins Partei »Einiges Russland«, sondern auch regionale und lokale Verwaltungen, andere Parteien, *big business*, die Zivilgesellschaft, Massenmedien und die politische Publizistik. Russlands politisches System ist quasi byzantinisch und orientiert sich an der Figur des semiheiligen »nationalen Leaders«, der die Entwicklungsrichtung des Landes bestimmt und dessen öffentlich geäußerte Worte vorgeben, was politisch erlaubt ist und was nicht.

Putin hat daher – insbesondere mit seiner in den russischen Medien bereits vielfach wiederholten Phrase von jenen, »die sich leider noch innerhalb Russlands befinden«, – eine Pandorabüchse geöffnet. Der russische Präsident hat mit einem Schlag tausende und abertausende Seiten paranoiden und konspirologischen Inhalts legitimiert, die in den letzten 20 Jahren in Russland verbreitet wurden – in Periodika und Büchern und in jüngerer Zeit auch im Internet. Die Kremladministration mag derzeit keine Pläne hegen, politisch Andersdenkende *en masse* zu deportieren. Sie könnte sich jedoch in einigen Jahren mit dahingehenden Forderungen der russischen Öffentlichkeit konfrontiert sehen. Es ist zu befürchten, dass nach Putins Schleusenöffnung Legionen nationalistisch gesinnter Politiker, Beamter, Journalisten, Publizisten und Wissenschaftler Russlands nun laut darüber nachdenken werden, wie genau Putins Worte zu interpretieren sind und sein offenerer Wille zu erfüllen ist.

Die Bewegung »Für Putin« etwa produzierte nur wenige Tage nach Putins Rede ein Video über die politische Opposition mit dem Titel »Schakale«, mit dem sie sich offensichtlich auf die Verwendung des Verbs »schakalit'« in Putins Rede vom 21. November bezog. Damit werden Regierungskritiker »entmenschlicht« – eine gefährliche Entwicklung. Putins jüngste Entgleisungen sind ein Spiel mit dem Feuer, das das Land dem Geist seiner Verfassung und der europäischen Staatenfamilie weiter entfremden wird.

Über den Autor

Dr. Andreas Umland ist Herausgeber der Buchreihe »Soviet and Post-Soviet Politics and Society« (www.ibidem-verlag.de/spps.html) und Moderator der Webseite/Mailingliste »Russian Nationalism« (groups.yahoo.com/group/russian_nationalism/).

Chronik

Vom 22. bis zum 29. November 2007

22.11.2007	Der Stellvertretende Außenminister Grigorij Karasin trifft in Moskau mit Jean Arnault, dem Abchasien-Beauftragten des Generalsekretärs der UN zusammen und erörtert mit ihm die Lage in Georgien und in der Konfliktzone Abchasien.
22.11.2007	Der Stellvertretende Außenminister Grigorij Karasin und Gennadij Bukajew, ein Gehilfe des Ministerpräsidenten, treffen in Moskau mit Eduard Kokoity, dem Präsidenten der international nicht anerkannten Republik Südossetien zusammen.
22.11.2007	Bei einem Anschlag auf den Bus von Naltschik nach Wladikawkas werden drei Passagiere getötet und 17 verletzt.
22.11.2007	Am Rande des Ministerpräsidententreffens der GUS in Achschabad trifft der russische Ministerpräsident Viktor Subkow mit dem turkmenischen Präsidenten Berdymuchammedow zusammen und erörtert mit ihm bilaterale Wirtschaftsfragen.
22.– 23.11.2007	In Achschabad (Turkmenistan) findet ein Gipfeltreffen der Ministerpräsidenten der GUS statt. Zum Abschluss des Treffens unterzeichnen sie ein Abkommen über Nahrungsmittelsicherheit.
23.11.2007	Drei Journalisten von Ren-TV und der Menschenrechtler Oleg Orlow werden in Nasran (Inguschetien) von Sicherheitskräften in ihrem Hotel festgenommen, an den Stadtrand von Nasran gebracht, dort bedroht, verprügelt und ausgesetzt. Ihre Ausrüstung und ihr Geld werden beschlagnahmt.
23.11.2007	Wladimir Krjutschkow, Chef des sowjetischen Geheimdienstes KGB von 1988 bis 1991, stirbt nach schwerer Krankheit im Alter von 83 Jahren.
24.11.2007	Farid Babajew, der Spitzenkandidat von Jabloko in Dagestan, der am 21.11. Vor seiner Wohnung in Machatschkala niedergeschossen wurde, erliegt seinen Verletzungen.
24.11.2007	Die Gesellschaftskammer tritt zusammen und ernennt 42 Personen als Vertreter des NGO-Sektors. 25 von ihnen gehörten der Kammer bereits an, darunter der Bildhauer Surab Zereteli, die Sängerin Alla Pugatschowa und Oleg Potanin, der große Teile von Norilskij Nickel besitzt.
24.11.2007	Putin unterzeichnet ein Dekret, mit dem ein staatliches Technologiegroßunternehmen geschaffen wird, das große Teile des Rüstungssektors, des Kraftfahrzeugbaus und der Stahlindustrie zusammenfasst. An die Spitze der Megakorporation wird Sergej Tschemesow gestellt, bisher Leiter von Rosoboroneksport.
24./ 25.11.2007	In 40 Städten finden „Märsche der Nichteinverstandenen“ statt. In Moskau verhaftet die Polizei den Oppositionspolitiker Garri Kasparow, der zu fünf Tagen Haft verurteilt wird. In St. Petersburg werden Boris Nemzow, Nikita Belych und Leonid Grossmann, die Führer der SPS, verhaftet, später aber freigelassen.
26.11.2007	Der letzte Tag, an dem die Meinungsforschungsinstitute Prognosen für die Dumawahlen publizieren dürfen.
26.11.2007	Die Zentrale Wahlkommission setzt die Präsidentenwahlen für den 2. März 2008 an. Kandidaturen können zwischen dem 12. Dezember und dem 16. Januar angemeldet werden. Die Phase des Wahlkampfes wird auf die Zeit zwischen 2. und 29. Februar begrenzt.
27.11.2007	Die Verteidigungsminister der GUS bestätigen bei einem Treffen in Astana Generalmajor Sergej Tschaban in seiner Funktion als Befehlshaber der GUS-Friedenstruppen in Abchasien.
27.11.2007	Gazprom gibt bekannt, dass es Bergrechte in Hinrichshagen und Schweinrich (in der Nähe von Berlin) erworben hat, um dort Gaslager anzulegen.
27.11.2007	Der Präsident von Gazprom, Alexej Miller, gibt bekannt, dass das Unternehmen die Preiserhöhungen für turkmenisches Erdgas akzeptieren wird.
28.11.2007	Die Aktionärsversammlung der Sberbank wählt den ehemaligen Minister für Wirtschaftsentwicklung und Handel, German Gref, zum Präsidenten der Bank.
29.11.2007	Ein Moskauer Gericht verurteilt Boris Beresowskij wegen Unterschlagung von 214 Mio. Rubel zuungunsten der Luftverkehrsgesellschaft Aeroflot in Abwesenheit zu einer Haftstrafe von 6 Jahren.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolf-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2007 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de

Lesehinweis

OSTEUROPA Heft 10 / Oktober 2007

OSTEUROPA 10/2007 ist erschienen. Das Heft mit dem Schwerpunkt »Wahlen in der Ukraine und Polen« enthält auf 176 Seiten 9 Beiträge, 7 farbige Karten, 12 farbige Abbildungen und kostet 10,00 €. Inhaltsverzeichnis und Abstracts unter: <http://osteuroopa.dgo-online.org/>. Bestellen Sie unter: osteuroopa@dgo-online.org. Das Heft enthält unter anderem folgende Beiträge zu Russland:

Alexandra Engelfried

Das Porträt des Präsidenten

Vladimir Putin zwischen Kunst, Kult und Kommerz

Gemälde mit Putins Antlitz sind in Russland weit verbreitet. Putin-Porträts erzielen auf dem Kunstmarkt hohe Preise und haben Eingang in die Populärkultur gefunden. Künstler nutzen die Darstellung des Präsidenten als erfolgreiche PR-Strategie. Gleichzeitig kommt in der Nachfrage und Nutzung der Porträts ein Herrschaftsverständnis und eine Herrscherverehrung zum Ausdruck, die an zaristische und sowjetische Traditionen anknüpft. Das gilt auch für die Formen- und Bildsprache. Der Putin-Kult ist zu einem festen Bestandteil von Kultur und Politik in Russland geworden.

Aleksej Levinson

Das „Phänomen L“

Zum ersten Todestag von Jurij Levada (1930–2006)

Mit dem Tod von Jurij Levada am 16. November 2006 verlor Russland einen seiner führenden Soziologen und Meinungsforscher, einen Forscher, der sich trotz aller staatlichen Schikanen gegen seine Person und wissenschaftliche Arbeit die Unabhängigkeit seines Denkens bewahrte. Aus der institutionalisierten Wissenschaft verdrängt, versammelte Levada in den 1970er Jahren in informellen Seminaren Teile der Moskauer dissidenten *Intelligencija* um sich. Keine Sowjetmacht, keine Putin-Administration kam dem »Phänomen L« bei: Levadas Ruf als empirischer Sozialforscher und moralische Autorität blieb unbescholten, sein Lebenswerk wird von den ehemaligen Kollegen am *Levada-Institut* fortgesetzt.

Manfred Sapper

Dialogstörung

Warum Levada, Dubin & Gudkov nicht gelesen werden

Der am 16. November 2006 verstorbene Jurij Levada war einer der bedeutendsten Soziologen Russlands. In Deutschland ist er weitgehend unbekannt geblieben. Derselbe Befund gilt für Lev Gudkov und Boris Dubin. Sie sind in Deutschland präsent und werden gleichzeitig ignoriert. Das liegt an spezifischen Hürden im Wissenstransfer zwischen Russland und dem Westen. Prekäre Entwicklungen im Wissenschaftsbetrieb verschärfen die Lage. Die Zerstörung der sozialwissenschaftlichen Russlandexpertise an den deutschen Hochschulen erschwert den wissenschaftlichen und kulturellen Dialog mit russischen Denkern in fundamentaler Weise.

Karlheinz Kasper

Terror der Opričnina oder Diktatur der Vampire?

Vladimir Sorokin und Viktor Pelevin warnen vor Russlands Zukunft

Nach dem überraschenden Zerfall der Weltmacht UdSSR wird nach Ursachen des Untergangs und nach Anzeichen für einen neuen Aufstieg geforscht. In der russischen Literatur entstehen apologetische Darstellungen der Vergangenheit oder Warnungen vor einer Fortsetzung der gescheiterten Experimente. Gegenwärtig sind Antiutopien (Dystopien) im Schwange, deren Autoren sich einer stark verfremdeten Darstellung gesellschaftlicher Realitäten befleißigen. Zu den herausragenden Werken dieses Genres gehören die neuen Romane *Den' opričnika* von Vladimir Sorokin und *Empire »V«* von Viktor Pelevin.

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa

Russlandanalysen

Die »Russlandanalysen« bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.polen-analysen.de>

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themen-bereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de